



Institutionelle Arrangements im Kleinprivatwald

Die gesamtgesellschaftliche Bedeutung des Waldes ist allgemein anerkannt. Die hohe Verantwortung für die nachhaltige Bewirtschaftung liegt jedoch zu großen Teilen bei privaten Waldbesitzenden. Doch gerade für Kleinprivatwaldbesitzende ist Waldbewirtschaftung eine logistische und ökonomische Herausforderung. Genau hier setzt das durch die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e. V. (FNR) finanzierte Projekt InA-PW an. Mithilfe institutionsökonomischer Analysen wurde untersucht, wie die Rahmenbedingungen für die Waldbewirtschaftung durch verschiedene Organisations- und Kooperationsformen von Kleinprivatwaldbesitzenden verbessert werden können.



TEXT: CAROLA PAUL ET AL.

Von den 11,4 Mio. ha Wald in Deutschland befinden sich 48 % in privatem Eigentum [1]. Die Hälfte dieses privaten Waldbesitzes ist kleiner als 20 ha [1] und nur ca. ein Drittel der Eigentümerinnen und Eigentümer dieser Flächen ist in einem forstwirtschaftlichen Zusammenschluss organisiert [2]. Die für einige Bundesländer verfügbare feine Betriebsgrößeneinteilung (Stand 2012) verdeutlicht die

Heterogenität des Privatwaldbesitzes in Deutschland. Ca. 25 % der Privatwaldfläche sind im Besitz von Waldbesitzenden mit insgesamt unter 5 ha.

Auch die naturale Ausstattung des Kleinprivatwalds unterscheidet sich bei den meisten Baumarten vom deutschlandweiten Durchschnitt (aller Besitzarten), wie der Blick auf die Altersklassenaufteilung (Abb. 2) zeigt. Grundsätzlich lassen sich zwar

eine ähnliche Historie und ähnliche Trends erkennen, wie die Nadelholzaufforstungen nach dem Krieg und dem Orkan „Quimburga“ 1972, als auch die Anreicherung von Laubbaumarten in den jüngeren Altersklassen. Unterschiede finden sich jedoch in der Altersaufteilung der Fichtenbestände, die (Stand 2012) deutlich weniger Altbestände aufweisen. Besonders unterscheiden sich

Privatwaldfläche in Eigentumsgrößenklassen

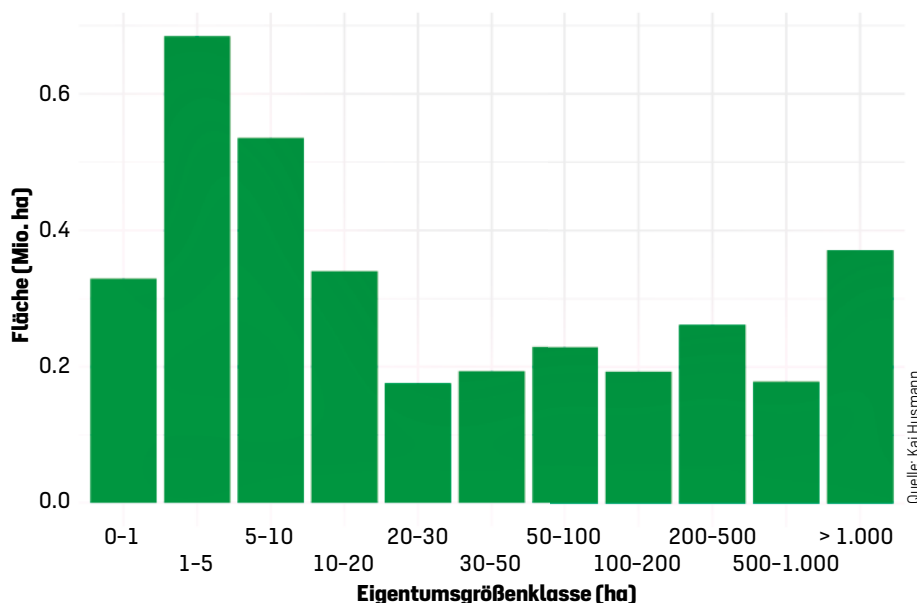


Abb. 1: Einteilung der Privatwaldfläche in Eigentumsgrößenklassen für die Bundesländer Bayern, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (basierend auf der 3. Bundeswaldinventur)

Schneller ÜBERBLICK

- » Das InA-PW Projekt untersuchte die institutionellen, rechtlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen der Kleinprivatwaldbewirtschaftung
- » Hohe Transaktionskosten können die zurückhaltende Holznutzung im Kleinprivatwald auch ökonomisch erklären
- » Eine hohe Pluralität bei den Waldbesitzenden erfordert eine Vielfalt an institutionellen Arrangements
- » Finanzielle, zielgruppenspezifische Förderung, Bildungsarbeit und Vertrauensbildung sind notwendig, um beide Seiten effizient zu verbinden

die Klein- und Kleinstwaldflächen mit Blick auf den Anteil der Laubbaumarten mit niedriger Produktionszeit und der Pionierbaumarten. Während sie im gesamtdeutschen Durchschnitt zugunsten wirtschaftlicherer Baumarten selten gefördert wurden und folglich nur selten vorkommen, bilden sie im Kleinprivatwald die häufigste Baumartengruppe (30 %), mit großen Flächenanteilen auch in den höheren Altersklassen. Ein ertragsorientiertes Nutzungsverhalten mit Vorratsabbau in den höheren Altersklassen deutet sich im Kleinprivatwald nur bei der Fichte und in Ansätzen bei der Buche an. Es zeigt sich, dass insgesamt noch nachhaltige Nutzungspotenziale vorhanden sind.

Strukturelle Nachteile überwinden

Das Bundeswaldgesetz sieht zur Überwindung von Strukturdefiziten im Kleinprivatwald (wie geringe Flächengröße, ungünstige Flächengestalt, unzureichender Waldaufschluss oder andere Strukturmängel) ausdrücklich die Bildung von forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen (Forstbetriebs-

gemeinschaften, Forstbetriebsverbänden, forstwirtschaftlichen Vereinigungen etc.) vor (vgl. § 16 BWaldG). Eine Studie des Thünen-Instituts im Jahr 2017 zeigte jedoch, dass 51 % der Privatwaldbesitzenden bewusst nicht Mitglied in einem forstwirtschaftlichen Zusammenschluss waren (Feil et al. 2018). Die Ursachen hierfür dürften vielfältig sein. Solange jedoch die Frage offen ist, ob das Desinteresse der Kleinprivatwaldbesitzenden, sich einem FWZ anzuschließen, eine Folge mangelnder ökonomischer Attraktivität des institutionellen Arrangements, der rechtlichen Rahmenbedingungen oder Ausdruck einer auf andere Ziele oder Wertvorstellungen ausgerichteten Waldbehandlung ist, können forstpolitische Maßnahmen nicht zielgerichtet ansetzen.

Das Forschungsprojekt InA-PW

Diese Hemmnisse in den Fokus zu stellen, war die Grundlage für das interdisziplinäre Forschungsprojekt „Institutionenökonomische Analyse und Ansätze zur Verbesserung der Organisation und Bewirtschaftung im Kleinprivatwald“ (kurz „InA-PW“),

„Die Vielfalt an Waldbesitzenden erfordert auch eine Vielfalt an institutionellen Arrangements.“

CAROLA PAUL

gefördert durch die FNR (Fachagentur nachwachsende Rohstoffe) als Projektträger des BMEL. Beteiligte Projektpartner waren die Universität Göttingen (Abteilung Forstökonomie und nachhaltige Landnutzungsplanung und Institut für Landwirtschaftsrecht) und das Thünen-Institut für Waldwirtschaft. Ziel war es, den Handlungsrahmen bei der Wahl der Waldbewirtschaftungs- und Organisationsform und damit das Aktivierungspotenzial im Kleinprivatwald zu analysieren. Als zentrale Hypothese des Projektes wurde definiert, dass die vorhandenen institutionellen, rechtlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen vielfach nicht den Bedürfnissen der Klein-

Altersklassen und Baumartengruppen in Deutschland und im Kleinprivatwald

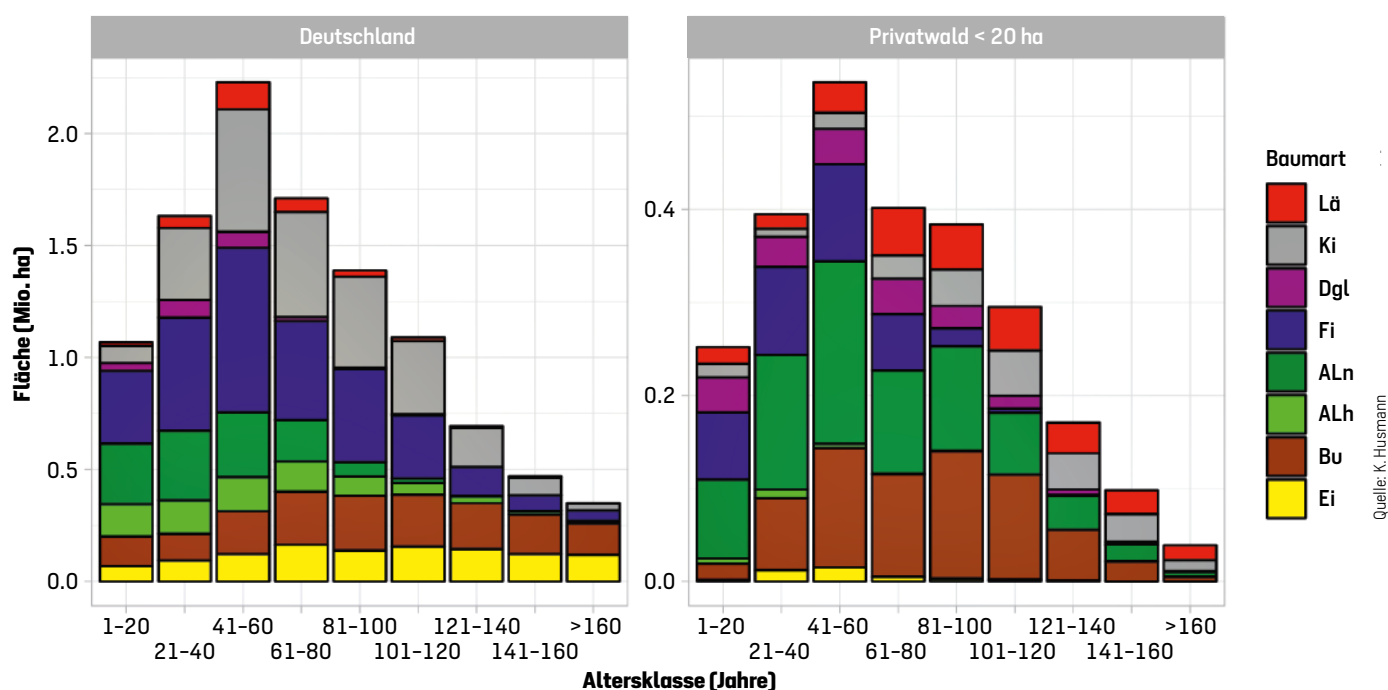


Abb. 2: Bestockte Holzbodenfläche (ohne Lücken und Blößen und ohne Verjüngung unter Schirm) nach Altersklasse und Baumartengruppe in Deutschland insgesamt (links) und im Kleinprivatwald unter 20 ha (rechts); ALh = Andere Laubbäume mit hoher Produktionszeit, ALn = Andere Laubbäume mit niedriger Produktionszeit (basierend auf der 3. Bundeswaldinventur)



privatwaldeigentümer (KPWE) entsprechen. Die daraus resultierenden hohen sogenannten Transaktionskosten führen dazu, dass sich die Bewirtschaftung unter dem individuellen Kosten-Nutzen-Kalkül nicht mehr lohnt und damit entsprechende Maßnahmen wie Waldschutz, Bestandespflege und Holzernte unterbleiben. Der Begriff der „Transaktionskosten“ geht auf Ronald Coase [3] zurück, der sie als die Kosten der Nutzung des Marktes definiert. Nach Dahlman [4] umfassen diese die „Such- und Informationskosten, Verhandlungs- und Entscheidungskosten, Überwachungskosten und Durchsetzungskosten“.

Das Vorhandensein von Transaktionskosten ist zentrales Element der Neuen Institutionenökonomik, welche die klassische Grundannahme von vollkommenen Märkten und rationalem Verhalten für Unsicherheit und begrenzte Rationalität aufgibt und die Entstehung von Institutionen und ihre Wirkung auf ökonomische Variablen und damit menschliche Entscheidungen analysiert. Institutionen sind hierbei mit „allgemein bekannten Regeln menschlicher Interaktion“ gleichzusetzen, welche einer Überwachung unterliegen (North 1990). Die Institutionenökonomie scheint damit gut geeignet, um Interaktionen am Markt systematisch zu analysieren und – wie im Fall von Kleinprivatwald – mögliche Hürden und Potenziale zur Verbesserung der Zusammenarbeit aufzudecken.

In den folgenden Artikeln (in dieser und der nächsten Ausgabe) werden wesentliche Ergebnisse des InA-PW-Projektes vorgestellt. Sie beleuchten den Handlungsrahmen und daraus resultierende Entscheidungen der Waldbewirtschaftung und Organisationsformen aus verschiedenen Perspektiven (Abb. 3). Das Projekt verwendete hierfür einen interdisziplinären Ansatz aus empirischen, modellhaften und rechtlichen Analysen. Es wurde unterstützt durch eine Reihe von Expertengesprächen und Umfragen mit Waldbesitzenden, Beratern und Organisationen. An dieser Stelle möchten wir uns herzlich bei allen Waldbesitzenden und Organisationen bedanken, die uns hierbei unterstützt haben.

Auf Basis der Lebenssituation der KPWE leiten Stockmann et al. (AFZ-



Quelle: M. Dög

Abb. 3: Konzeptualisierung des Handlungsrahmens zur Wahl der Waldbewirtschaftungs- und Organisationsform im Projekt InA-PW

DerWald 18/2024, S. 17) Ansätze für die Entwicklung von Kommunikationsstrategien für KPWE ab. Weiterhin analysieren sie die Einflussfaktoren im Hinblick auf die Kontaktaufnahme zu professionellen Forstleuten (ebenfalls Stockmann et al., AFZ-DerWald 18/2024, S. 21). In beiden Analysen wurden die Daten der Thünen-KKEG-Studie [5] verwendet. Die Transaktionskosten aus KPWE-Sicht bilden schließlich den „ökonomischen Handlungsrahmen“. Von Arnim et al. (AFZ-DerWald 18/2024, S. 24) quantifizieren diese auf Basis einer umfangreichen Befragung. Die rechtlichen Rahmenbedingungen forstlicher Kooperationsformen werden als Vergleich von Organisationsformen aufgearbeitet (Bögner et al., AFZ-DerWald 19/2024). Kurtenbach et al. (AFZ-DerWald 19/2024) zeigen Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen bestehenden Fallbeispielen forstlicher Organisationsformen. Hinsichtlich einer bisher weniger betrachteten Option werden Möglichkeiten und Grenzen der Waldpacht vertiefend aufgezeigt (Heinemann et al., AFZ-DerWald 19/2024). Hoffmann et al. (AFZ-DerWald 19/2024) greifen die Einzelergebnisse auf und überprüfen in einer modellhaften Analyse, welchen Einfluss die Kombinationen aus individuellen Waldbesitzercharakteristika, natürlicher Ausstattung und institutionellen Arrangements auf die ökonomisch-rationale Nutzungsentcheidung haben.

Zentrale Ergebnisse des Gesamtprojektes

Die Ergebnisse des Gesamtprojektes zeigen die hohe Diversität der Waldbesitzenden, ihrer Ziele und Lebenssituationen (Stockmann et al., AFZ-DerWald 18/2024). Diese Diversität trifft auf eine hohe Vielfalt an Organisationsformen und institutionellen Arrangements (Bögner et al., AFZ-DerWald 19/2024), in denen Waldbesitzende sich zusammenschließen, fachliche Beratung und/oder operative Unterstützung erhalten (Kurtenbach et al., AFZ-DerWald 19/2024). Die Erhaltung gewachsener, vertrauensvoller Strukturen sowie die Ergänzung neuer Arrangements sind notwendig, um die Pluralität auf beiden Seiten gewinnbringend überein zu bringen und damit auch auf sich verändernde Rahmenbedingungen und neue Interessen und Ziele zu reagieren.

Mit Bezug auf die zentrale Hypothese zeigt sich, dass die zurückhaltende Nutzung im Kleinprivatwald zu großen Teilen auch durch ein rational-ökonomisches Verhalten erklärt werden kann. Von Arnim et al. (AFZ-DerWald 18/2024) zeigen, dass bei der Bewirtschaftung von Kleinprivatwald ein erheblicher „versteckter“ Zeitverbrauch für die Waldbesitzenden von durchschnittlich 292 Stunden im Jahr für Informationsbeschaffung, Planung, Koordination und Kontrolle entsteht, der Fixkostencharakter aufweist und sich kaum vermeiden lässt. Bewertet mit den Opportunitätskos-



ten der Waldbesitzenden ergeben sich daraus erhebliche Transaktionskosten, die bei kleinem Waldbesitz aus Holzerlösen vielfach nicht zu decken sind. Daraus ergibt nach Hoffmann et al., (AFZ-DerWald 19/2024) für viele Kombinationen aus Waldbesitzertypen, natürlicher Ausstattung und institutionellen Arrangements eine Nichtnutzung oder eine verzögerte Nutzung als die ökonomisch-rationale Option. Dies gilt insbesondere für sehr kleine und laubholzdominierte Betriebe. Inwieweit die ökonomische Attraktivität der Holznutzung durch die Wahl und Gestaltung des institutionellen Arrangements erhöht werden kann, hängt davon ab, ob die Kosten für das institutionelle Arrangement die eingesparten Transaktionskosten für z. B. Planung und Kontrolle des Holzeinschlages überschreiten oder nicht. Dieses Verhältnis hängt wiederum von den individuellen Kenntnissen und der zeitlichen Verfügbarkeit („Opportunitätskosten“) der KPWE ab (siehe Hoffmann et al., Arnim et al., Stockmann et al. in AFZ-DerWald 18/2024).

Wie können Transaktionskosten insgesamt reduziert werden?

Aus der Theorie ist bekannt, dass Vertrauen und Transparenz von Informationen zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer nicht nur eine zwischenmenschliche, sondern auch eine ökonomische Komponente darstellen, die daher bei der Wahl und Gestaltung des Arrangements eine wichtige Rolle spielen sollten. Mögliche Werkzeuge

für Organisationen sind neben dem persönlichen Kontakt und Veranstaltungen auch digitale Möglichkeiten zur Informationsbereitstellung für Mitglieder bzw. Kunden.

Politik kann hier durch zielgruppenspezifische Förderung unterstützen, z. B. über Beratungs- und Informationsangebote. Die Studien von Stockmann et al. (AFZ-DerWald 18/2024) zeigen die hohe Bedeutung des Internets als „Erstanlaufstelle“ für viele Waldbesitzende und die Notwendigkeit für niedrigschwellige Informationsangebote und Netzwerke – d. h. schnell und einfach zugänglich, verständlich gestaltet und kostenfrei nutzbar (siehe auch [6]). Vertrauensbildung ist aber allein über digitale Angebote nicht möglich. Dazu bedarf es des kontinuierlichen, direkten, persönlichen Kontakts. Das haben auch die Gespräche mit Waldbesitzenden unterstrichen. Dies ist jedoch von Seiten der Organisationen wiederum mit hohen Transaktionskosten verbunden.

Das heißt, wenn es gelingt, die Transaktionskosten für Waldbesitzende zu verringern, besteht die Gefahr, dass sie auf die Organisation verlagert werden. Im Idealfall sind sie aufgrund der vorhandenen Fachkompetenz und bestehender Netzwerke bei der Organisation aber deutlich geringer. Die finanzielle Stärkung von Organisationen erscheint damit aber essenziell, z. B. durch Mobilisierungsprämien, Unterstützung bei Personalkosten, z. B. der Geschäftsführung, und bei der Digitalisierung (u. a. in den Bereichen Mitglieder- und Flächenverwaltung und Abrechnung) (s. hierzu auch Eckpunkte in [6]).

Für bestimmte Konstellationen zwischen KPWE und Organisation werden die Transaktionskosten der Aufnahme neuer Mitglieder/Kunden so hoch sein, dass sie den eigentlichen Nutzen aus der Übernahme des Auftrages überschreiten. Es ist dann eine gesellschaftliche Entscheidung, welche Grenzkosten akzeptiert werden, um auch die vielen KPWE mit besonders kleinen Flächen zu erreichen.

Eine besondere Bedeutung kommt der Vertrauensbildung zwischen allen Akteuren zu. Förderung von Strukturen wie „runde Tische Kleinprivatwald“ und Veranstaltungen (wie z. B. auch der Bundeskongress forstlicher Zusammen-

schlüsse, kurz BuKo, AFZ-DerWald berichtet hierüber regelmäßig) helfen, dieses Vertrauen aufzubauen. Gerade für die Etablierung neuer Geschäftsmodelle, wie z. B. ein verstärkter Schwerpunkt hinsichtlich Naturschutzleistungen oder Kohlenstoffspeicherung oder alternativer Arrangements wie z. B. die Waldpacht (Heinemann et al., AFZ-DerWald 19/2024), erscheinen die Vertrauensbildung und der Erfahrungsaustausch als besonders groß, um den richtigen „fit“ zwischen KPWE und institutionellen Arrangements zu finden.

Geht man von den Transaktionskosten aus, so wird auch klar, welches große Hemmnis komplizierte, nicht-KPWE-spezifische Förderung (z. B. im Fall von Mindestflächengrößen) oder Regelungen (wie z. B. EUDR) für die nachhaltige Nutzung und den Waldumbau haben. Niedrigschwellige KPWE-spezifische Förderung, rechtliche Absicherung der Übernahme von Dienstleistungen auch im Bereich der Verordnungen und Förderung (z. B. EUDR) werden notwendig sein, um Waldpflege, Walderhalt und Waldumbau im Kleinprivatwald für eine nachhaltige Holznutzung zu erreichen, aber auch neue Arrangements für gezielte Förderung von Naturschutz und Ökosystemleistungen zu etablieren.



Prof. Dr. Carola Paul

Carola.paul@uni-goettingen.de

ist Professorin an der Abteilung Forstökonomie und nachhaltige Landnutzungsplanung an der Universität Göttingen und leitete das Forschungsprojekt gemeinsam mit **Prof. Dr. Bernhard Möhring**. Die weiteren Autorinnen und Autoren dieses Artikels (**Kai Husmann, Kristin Franz, Johannes Stockmann, Gundula v. Arnim, Johanna Heinemann, Eike Bögner, Corinna Hoffmann, Markus Dög**) werden in den folgenden Artikeln in dieser Ausgabe und in AFZ-DerWald 19/2024 vorgestellt.

Literaturhinweise:

- [1] BMEL (2014): *Der Wald in Deutschland – Ausgewählte Ergebnisse der dritten Bundeswaldinventur*. [2] STOCKMANN, J., et al. (2023): *Wie erreicht man zukünftig den Kleinprivatwald? AFZ-DerWald, Band 78 (2023), S. 38–41*. [3] COASE, R. H. (1937): *The Nature of the Firm. Economica, Band 4 (1937) Heft 16, S. 386*. [4] DAHLMAN, C. J. (1979): *The Problem of Externality. The Journal of Law and Economics, Band 22 (1979) Heft 1, S. 141–162*. [5] FEIL, P., et al. (2018): *Privatwaldeigentümer und gesellschaftliche Ansprüche. AFZ-Der Wald, Heft 5 (2018), S. 26–27*. [6] WBW (2018): *Betreuung und Förderung im kleinstrukturierten Privat- und Körperschaftswald – Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats für Waldpolitik, 2018*.